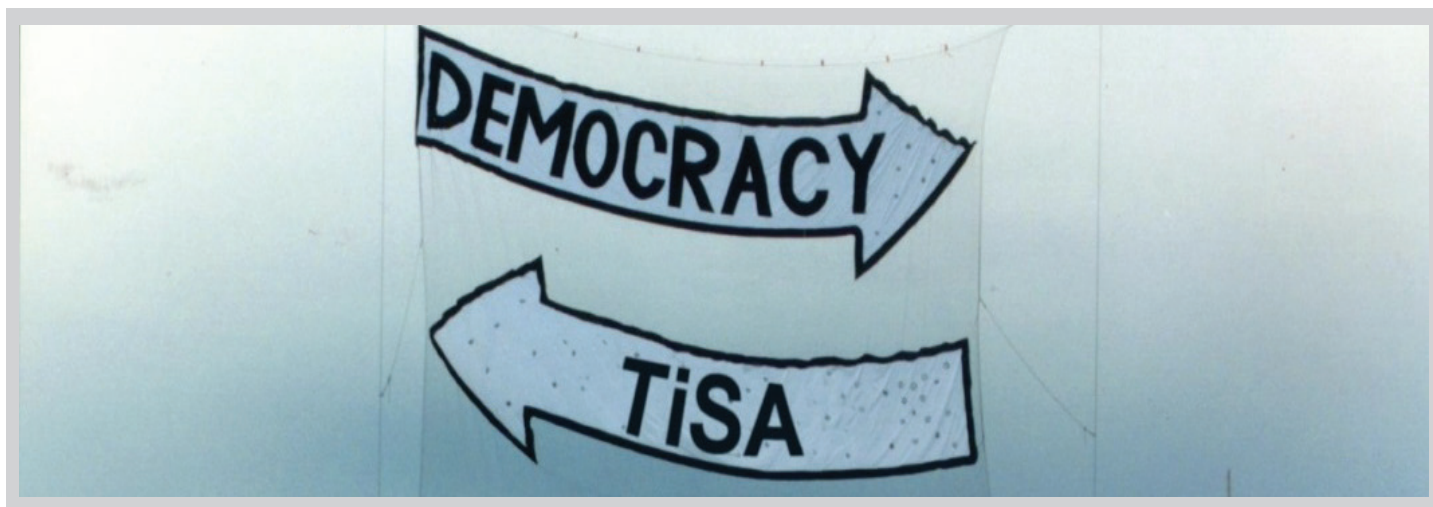


Privatisierung für alle Ewigkeit? Nein!



Das Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen den USA und der EU wird derzeit oft diskutiert. Aber die Verhandlungen darüber sind geheim – das Europäische Parlament muss die Verträge zwar ratifizieren, darf aber keine Änderungen mehr vornehmen. Arbeitsrechtliche und ökologische Standards, Lebensmittel- und Gesundheitsgesetze stehen auf dem Spiel. Wenig beachtet wird, dass parallel auch die Dienstleistungen nach den sogenannten Freihandelsstandards weiter reformiert werden sollen: Es geht um die Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung, die Bildung und – natürlich – um Finanzdienstleistungen. Dieses neue Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) sieht vor:

- Es kann alles privatisiert werden, was bisher noch unter Vorbehalt stand: kommunale oder öffentliche Krankenhäuser, Wasser- oder Strombetriebe, Universitäten, öffentliche Pensionskassen etc.
- Die bisherige Regelung, dass nationale Arbeits- und Sozialgesetze, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen Vorrang vor globalen Regelungen haben, soll gestrichen werden.
- Einmal erfolgte Privatisierungen dürfen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Ist eine Bahnstrecke, eine Abwasseraufbereitungsanlage oder eine Krankenversicherung erst einmal privatisiert, darf die öffentliche Hand sie nicht mehr zurückerwerben. Der Wechsel soll nur noch zu einem anderen privaten Betreiber möglich sein, egal wie schlecht, teuer und wie sehr auf Kosten der Beschäftigten er das macht.

Damit werden grundlegende Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge der demokratischen Entscheidung entzogen! Die Re-kommunalisierung von Energienetzen, Krankenhäusern oder der Wasserversorgung wären damit verunmöglicht. Entscheidungen

für Privatisierung hätten damit Ewigkeitscharakter und könnten von späteren Regierungen oder Parlamenten nicht zurückgenommen werden. Initiativen zur Re-kommunalisierung wären unmöglich. Das ist auch ein Angriff auf die Demokratie!

Die Entscheidungsmöglichkeiten der Parlamente auf allen Ebenen wären erheblich eingeschränkt. Die Demokratie würde dem freien Markt unterstellt.

An den Verhandlungen sind die USA und Vertreter der EU-Kommission beteiligt. Eingeladen wurden auch 19 weitere Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO), die zusammen 75 Prozent des weltweiten Handels bestreiten. Die Verhandlungen finden abgeschirmt von der Öffentlichkeit statt. Für diese Geheimpolitik gibt es Gründe: Die Vorschläge waren nicht einmal bei den Regierungsvertretern der weiteren 100 Mitgliedsländer der WTO, geschweige denn in demokratisch gewählten Parlamenten mehrheitsfähig.

Über die öffentliche Daseinsvorsorge muss demokratisch entschieden werden. TIPP und TiSA versuchen das zu verhindern, von den Kommunen bis zum Europäischen Parlament.

- Für ein demokratisches Europa muss der Politik der Troika und des Freihandels eine Absage erteilt werden.

DIE LINKE will öffentliches Eigentum und öffentliche Dienstleistungen erhalten und ausbauen. In den Kommunen, Ländern, in Deutschland wie in Europa.

Auf den Punkt gebracht

22. Mai 2014

V.i.S.d.P. Matthias Höhn

bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de

Mehr Informationen unter: www.die-linke.de

DIE LINKE.